

Nr. 10/18 | 25.3.2014

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen,
liebe Parteifreunde,

in jeder Sitzungswoche des Deutschen Bundestages berichte ich Ihnen über die aktuellen politischen Geschehnisse aus Berlin. Ferner gebe ich Ihnen einen Einblick in meine Arbeit und meinen Einsatz für Mannheim in Berlin.

Es grüßt Sie sehr herzlich

Ihr



Egon Jüttner

HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. Regierungserklärung der Bundeskanzlerin
2. Einsetzung eines Untersuchungsausschusses „NSA“
3. Jahresbericht des Wehrbeauftragten
4. EU-Afrika-Gipfel
5. Beteiligung deutscher Streitkräfte an EUTM Somalia
6. Relevantes aus Mannheim und der Region
7. Ankündigung



Impressum: M+E-Infodienst Herausgeber: Arbeitgeberverband Gesamtmetall, Voßstraße 16, 10117 Berlin Redaktion: Antonin Finkelnburg@gesamtmetall.de

1. Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat am 20./21. März 2014

In ihrer Regierungserklärung berichtete Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel über Schwerpunkte und Ziele des bevorstehenden Treffens der europäischen Staats- und Regierungschefs. Natürlich lag der Fokus auf der aktuellen Situation in der Ukraine. Für Bundeskanzlerin Angela Merkel gehört Russland wegen der Krim-Krise vorerst nicht mehr zur Gruppe der acht führenden Industrienationen (G8). „So lange das politische Umfeld für ein so wichtiges Format wie die G8 nicht gegeben ist, gibt es die G8 nicht mehr – weder den Gipfel noch die G8 als solches“, so Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel kurz vor dem EU-Gipfel zur Lage in der Ukraine. Für die „nächsten Tage“ kündigte sie Entscheidungen an, bei denen die Konsequenzen aus der Eingliederung der Krim nach Russland gezogen werden sollen. Die Vorbereitungen für das G8-Treffen im Juni im russischen Sotschi waren wegen der Entwicklung auf der Krim bereits ausgesetzt worden. Merkel drohte Russland in ihrer Regierungserklärung außerdem mit Wirtschaftssanktionen, falls sich die Lage weiter verschärfen sollte. Der Anschluss der Krim an Russland erfordere „die entschlossene wie geschlossene Antwort Europas und seiner Partner“, sagte sie weiter. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel bekräftigte, dass das Referendum auf der Krim den Vorgaben der ukrainischen Verfassung und den Standards des Völkerrechts widerspreche. „Russland ist in allen internationalen Organisationen weitgehend isoliert“, betonte sie. Merkel kündigte in diesem Zusammenhang eine Ausweitung der Liste der bisher 21 Personen an, gegen die Reisebeschränkungen und Kontensperrungen verhängt worden waren. Bei einer weiteren Verschärfung der Lage forderte sie weitere Schritte. „Und dabei wird es ganz ohne Zweifel auch um wirtschaftliche Sanktionen gehen“, so die Bundeskanzlerin. Die Bundesregierung werde zudem demnächst darüber entscheiden, „ob und gegebenenfalls in welcher Form“ die für Ende April geplanten deutsch-russischen Regierungskonsultationen stattfinden sollten.

2. Einsetzung eines Untersuchungsausschusses „NSA“

Auf gemeinsamen Antrag aller im Bundestag vertretenen Fraktionen setzen wir einen Untersuchungsausschuss ein, der die Kommunikationsüberwachung, über die insbesondere Edward Snowden berichtet hat, aufarbeiten soll. Das Gremium soll aus acht Mitgliedern und acht Stellvertretern bestehen. Es soll insbesondere klären, "ob, in welcher Weise und in welchem Umfang" durch Nachrichtendienste der USA, Großbritanniens, Kanadas, Australiens und Neuseelands ("Five-Eyes"-Bündnis) eine Ausspähung, Auswertung und Weitergabe deutscher Daten stattgefunden hat. Zudem soll geklärt werden, ob diplomatische Vertretungen und militärische Standorte genutzt wurden, "um Daten über Kommunikations- und Datenverarbeitungsvorgänge und deren Inhalte zu gewinnen".

3. Jahresbericht des Wehrbeauftragten

Das vergangene Jahr brachte für die Bundeswehr zahlreiche neue Einsätze, die sie zuweilen an die Grenze ihrer personellen und materiellen Leistungsfähigkeit brachte. Dies spiegelt sich naturgemäß im Bericht des



Wehrbeauftragten wider. Deutliche Verzögerungen waren im Personalbereich etwa in der Bearbeitung der Beihilfe-Anträge aber auch bezüglich von Beschwerden, Klagen und Eingaben, zu verzeichnen, was ein bedeutsamer Grund von Unzufriedenheit ist. Zu Unmut führte ebenfalls die teilweise noch unzureichende Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Zusätzlicher Handlungsbedarf wird vor allem in der Verbesserung der sanitätsdienstlichen Versorgung gesehen.

4. EU-Afrika-Gipfel

Unser Antrag befasst sich mit dem vierten EU-Afrika-Gipfel am 2./3. April 2014 in Brüssel, wo die Ziele der europäisch-afrikanischen Partnerschaft für die nächsten drei Jahre vereinbart werden sollen. Besondere Herausforderungen für die Beziehungen sind zum einen das Vordringen neuer Akteure in Afrika (China, Indien), aber auch sicherheitspolitische Fragestellungen. Wir betonen zugleich die Rolle der Entwicklungspolitik als vorausschauende Friedenspolitik, wobei wir die Bundesregierung auffordern, sich noch stärker mit der Frage nach den Ursachen staatlicher Fragilität zu befassen. Weitere Schwerpunkte sind der Klimawandel, der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen sowie der Energieknappheit. Schließlich befassen wir uns mit der Notwendigkeit, Mindeststandards im Bereich Umwelt und Soziales bei den Verhandlungen zu Wirtschaftspartnerabkommen einzuhalten.

5. Beteiligung deutscher Streitkräfte an EUTM Somalia

Mit dem Antrag der Bundesregierung soll das deutsche Engagement für eine Stabilisierung der Lage in Somalia erneuert werden. Deutsche Kräfte trugen zur Ausbildung der neu entstehenden somalischen Armee in Uganda im Rahmen eines EU-geführten Einsatzes (bis zum 31.3.2015 mandatiert) bei. Seit Dezember 2013 ist der Ort des Ausbildungseinsatzes Mogadischu. Bis zu 20 Soldaten wird Deutschland vor Ort beitragen.

6. Relevantes aus Mannheim und der Region

Jetzt bewerben: Fanta Spielplatz-Initiative

Dass freies Spiel und Bewegung für Kinder und Jugendliche wichtig sind, ist ebenso unstrittig wie die Tatsache, dass gerade in Großstädten wie Mannheim teilweise eine geeignete Umgebung fehlt. Ich freue mich daher über die Fanta Spielplatz-Initiative 2014, die für 100 deutsche Spielplätze eine Sanierungsunterstützung von bis zu 10.000 Euro in Aussicht stellt.

Ich würde mich freuen, wenn die Stadt Mannheim oder auch Initiativen, Vereine oder Privatpersonen einen geeigneten Spielplatz auswählen und sich um die Fanta Spielplatz-Initiative 2014 bewerben würden. Vom 1. Februar bis 21. April 2014 können sich Träger, Initiativen, Vereine und auch Privatpersonen mit öffentlich zugänglichen Spielplätzen online auf www.fanta.de/spielplatzinitiative bewerben. Die öffentliche

Abstimmung startet am 12. Mai und läuft bis zum 12. Juni 2014 unter anderem auf Facebook. Danach werden die 100 Gewinner bekanntgegeben. Wie schon in den letzten beiden Jahren wird Fanta auch in diesem Jahr auf den sanierten Spielplätzen als Marke nicht präsent sein, da Coca-Cola Deutschland sich freiwillig selbstverpflichtet hat, kein Marketing an Kinder unter 12 Jahren zu richten.

Die ersten drei Spielplätze erhalten eine Finanzspritze in Höhe von 10.000 Euro, die Plätze vier bis 20 erhalten je 5.000 Euro und die Gewinner 21 bis 100 je ein Kreativelement gemäß den Leitlinien der Fanta Spielplatz-Initiative.

Stipendiat aus den USA in meinem Abgeordnetenbüro

Ian van Son aus dem US-Bundesstaat Virginia absolviert derzeit ein fünfmonatiges Praktikum in meinem Berliner Büro. Ian van Son hat einen Master in Internationalen Beziehungen von der Fletcher School, Tufts University in Boston. Das Praktikum wird im Rahmen des Internationalen Parlaments-Stipendiums (IPS) des Deutschen Bundestags durchgeführt. Es ermöglicht jungen Hochschulabsolventen aus 28 Ländern, Arbeit und Aufgaben eines Bundestagsabgeordneten sowie die parlamentarischen Abläufe im Bundestag kennenzulernen. Die Stipendiatinnen und Stipendiaten sind auch als Studierende an der Humboldt-Universität Berlin eingeschrieben und können während des Sommersemesters Lehrveranstaltungen dort oder an einer der anderen Berliner Hochschulen besuchen. Darüber hinaus werden sie in Studien- Seminaren der politischen Stiftungen in das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben der Bundesrepublik Deutschland eingeführt. Ein Besuch in den Wahlkreisen ist ebenfalls vorgesehen. Das Internationale Parlaments-Stipendium des Deutschen Bundestages ist ein großartiges Projekt, um den Austausch mit anderen Staaten zu pflegen. Die Stipendiaten werden in ihren Heimatländern einen wichtigen Beitrag zur Vertiefung der bilateralen Beziehungen mit Deutschland leisten. Ian van Son ist ein sehr interessierter und engagierter „Botschafter“ seines Heimatlands. Ich bin mir sicher, ihm wird die Zeit im Bundestag und in Berlin gut gefallen.

7. Ankündigung

Zu verschiedenen Veranstaltungen werde ich über den Mindestlohn, die Rente mit 63, die Mütterrente, die Vorhaben im Bereich von Gesundheit und Pflege, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, über Gleichstellung und Integration und über die Energiewende sprechen. Auch die Anliegen Mannheims und der Metropolregion an den Bund will ich thematisieren. Vor allem möchte ich den Bürgerinnen und Bürgern Gelegenheit geben, ihre Anregungen und Fragen vorzutragen, um sie an die politischen Verantwortlichen in Berlin weiterzuleiten.

Die nächsten Veranstaltungen finden statt am:

- Samstag, 5. April 2014, 11 Uhr im Gasthaus „Goldener Engel“, Seckenheimer Hauptstraße 86, 68239 Mannheim
- Montag, 28. April 2014, 19 Uhr im Gasthof „Zum Adler“, Ausgasse 1, 68307 Mannheim
- Freitag, 23. Mai 2014, 19:30 Uhr, Haus der Katholischen Kirche. Thema „Was bringt uns das neue Rentenpaket?“ mit Peter Weiß MdB



Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf. Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich an.

Prof. Dr. Egon Jüttner MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 / 227 – 722 91

E-Mail: egon.juettner@bundestag.de

Internet: www.egon-juettner.de